

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 5 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch andere Ausleger wöchentlich 30 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Poststellen sowie andere Ausleger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse der Besetzung der Leitenden oder der Besetzung der Druckerei — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Abonnent in den obgenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet in den bestmöglichen Umfang oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pfg. / Subskribenten sind nicht verpflichtet zu abonnieren, sondern an den Bezugsnehmer über die Geschäftsstelle. / Anzeigen in diesem Blatte sind unterbaldig. / Druckerei: Wilsdruff Nr. 269.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amtsblatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Nr. 26914.

Nr. 269

Sonntag den 17. November 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich in der Beilage.

Die Befetzung der Reichsämtler vollzogen.

Ruinen und neues Leben.

(Am Wochenschluß)

Das monarchische Deutschland liegt in Trümmern. Diese Tatsache kann niemand mehr verkennen. Wie immer man fühlen und denken mag, das Trümmerfeld der Monarchie liegt vor unseren Augen, und wir müssen uns damit abfinden, ganz gleich, mit welchen Empfindungen wir das tun . . .

Der letzte deutsche Fürst hat abgedankt. Nicht an einer einzigen Stelle im Reich hat sich ein Widerstand von Monarchisten gegen diese Umwälzung gezeigt. Auch das ist eine Tatsache, die sich nicht nur uns überwältigend aufdrängt, sondern die auch unser Urteil über den Vorgang bestimmen muß. Als in Rußland die Monarchie zusammenbrach — unter ganz ähnlichen Umständen wie bei uns — haben u. a. mit wenigen die Meinung geäußert, die deutsche Monarchie, verankert nicht nur im deutschen Volkstum, sondern auch in zwei Duzend Einzelstaaten, werde auch bei einem unheilvollen Kriegsausgang gegen revolutionäre Bewegungen eine sehr viel stärkere Widerstandskraft bewahren. Das Gegenteil hat sich gezeigt; weder die Monarchen selbst, noch ihre Anhänger im Reich, noch die Armee haben die geringste Anstrengung gemacht, gegen den lächerlichen Zusammenbruch sich aufzulehnen.

Als dem Deutschen Kaiser die Abdankung zuerst nahegelegt wurde, damit er so für seinen Enkel den Thron rette, weigerte er sich mit den Worten: „Ich habe meine Krone von Gott, nur Gott kann sie mir nehmen. Mein Volk und meine Armee stehen hinter mir.“ Welch ein Irrtum! Der Kaiser mußte einige Wochen danach Zuflucht in Holland suchen, offenbar doch deshalb, weil er sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlte. Es gibt also keinen Deutschen Kaiser mehr und keinen deutschen Fürsten, und niemand glaubt wohl noch, daß es je wieder eine deutsche Monarchie geben wird.

Solchen Umwälzungen gegenüber muß das Gefühl schweigen, das etwa den alten Zuständen nachtrauert. Nur der Verstand, das vernünftige Urteil darf zu Worte kommen. Die Vergangenheit ist vergangen, und der Blick darf nur noch auf die Gegenwart gerichtet sein, unsere Wünsche, unsere Entschlüsse auf die Zukunft. Das neue Leben, das vor uns liegt, fordert seine Rechte und unsere Entschlossenheit.

Die auswärtige Lage des Deutschen Reiches ist zum Erbarmen traurig. Wir sind durchsack von Gnade und der Ungnade der Nationen preisgegeben, die gegen uns mad ein können, was sie wollen. Auch dies ist eine Tatsache, und sie wird von allen ohne Ausnahme in Deutschland bitter empfunden. Auch hier darf aber der Verstand sein Recht fordern, und er belehrt uns, daß unsere auswärtigen Beziehungen, wenn man sich so noch ausdrücken darf, unser Verhältnis zu unseren Feinden durch die Revolution ganz erhebliche Veränderungen schon erfahren hat und weitere versprechen. Selbstverständlich fehlt es bei unseren Feinden nicht an rachsüchtigen, eroberungslustigen Leuten, die uns nicht nur so viel wie möglich abnehmen, sondern uns darüber hinaus in Abhängigkeit versetzen möchten. Aber diese Feindschaft hat nicht mehr das Fest in der Hand. Der Umschwung ist unvermeidbar, und die Stimmen, gewichtige, mehrden sich und werden stärker, die uns die Hand der Veröhnung entgegenstrecken verlangen. Ein geschickter Unterhändler wird aus diesen Worten sehr viel für uns münden können; er wird in einer ganz ebenso vorteilhaften Lage sein, wie der französische Staatsmann Talleyrand vor einem Jahrhundert, als in Frankreich nach der Unterbrechung eines Vierteljahrhundert die Monarchie restauriert war und sich dem Saug der monarchischen Regierungen auf dem Wiener Kongress mit so großem Erfolge empfehlen konnte, daß Generale und Staatsmänner der damals hegemonischen Verbündeten Argentinien ausriefen, Frankreich gebe als Sieger aus den Friedensverhandlungen her vor.

Das der neue Zustand bei uns im Innern ungeheuren Schwierigkeiten begegnen und neue hervorruft, wird, ist leider unverkennbar. Einstweilen beruht die neue Ordnung auf dem entschlossenen Willen der Soldaten. Sie haben die Parteien zur Verhängung gezwungen, aus deren Mitglieder die neue Regierung in Berlin zusammengestellt ist. Zwischen diesen Parteien bestanden sich heftigen Gegensätze von einer Tragweite, die kaum geringer ist, als der Unterschied zwischen einer Monarchie und einer Republik, zwischen der alten und der neuen Staatsordnung in Deutschland. Wäre dieser Gegensatz mit Gewalt zum Ausstrage gebracht worden, so würden wir jetzt in einem Chaos leben. Dies verhindert zu haben, ist das Verdienst unserer revolutionären Soldaten.

Die Soldaten haben hier auch mit großer Entschlossenheit als Vertreter des Willens aufgetreten, die Umwälzung über die neue Staatsordnung in die Hände der Weisheit zu

legen durch die schleunige Berufung einer verfassunggebenden Volksvertretung, einer konstituierenden Nationalversammlung, kurz ausgedrückt: einer Konstituante.

Ihre Berufung muß die Lösung aller Vernünftigen sein. Sie ist jetzt die Parole der neuen Ordnung und sicher die der ungeheuren Mehrheit der Nation. Wo immer Männer miteinander reden über den Zustand des Vaterlandes, werden sie über alle Gegensätze hinweg einig sein müssen in der Forderung, daß so schnell wie möglich eine Konstituante gewählt wird, die neue Ordnung begründet und sie gegen Verrat und Chaos sichert. Das staatsrechtliche Grundprinzip jeder Demokratie ist der Wille der Mehrheit der Nation; mit diesem Prinzip steht und fällt sie.

Die beiden größten Schwierigkeiten der nächsten Wochen sind die Ernährung der Großstädte und die Regelung der Heimkehr unserer Soldaten. Diese wird sich nicht immer und überall in glatter Ordnung vollziehen. Eine ungeordnete Ansammlung von Soldaten in den Hauptstädten birgt Gefahren in sich, deren Größe kaum überblickt werden kann. Bewältigt die neue Regierung mit Hilfe der Soldatenräte diese Gefahren, dann ist sie über den gefährlichsten Berg hinweg.

Die politische Schulung der deutschen Nation würde dann eine glänzende Probe bestanden haben — H. L.

Die Neuordnung im Reich.

Hannover. Die verworrenen Mitteilungen über die Bremer „fliegende Division“ sucht eine an Hannoverische Blätter gerichtete Zuschrift des NSR. aufzuklären. Wir entnehmen dieser folgende Einzelheiten: In letzter Nacht ist eine große Zahl plündernder Soldaten verhaftet worden, darunter die Hauptkader der sogenannten „Bremer fliegenden Division“. An entwendeten Geldern ist diesen Plünderern allein die Summe von 32.000 Mark abgenommen, außerdem Lebensmittel, Bekleidungsstücke aller Art und Waffen. Sie werden durch ein außergerichtliches Verfahren abgeurteilt werden. — Nach der planlosen Verhinderung des Hauptbahnhofes ist der Rest der Horde abgereist. — Die Böhmische Telegraphen-Bureau mitteilt, trifft die Meldung, daß 20 Angehörige der „fliegenden Division“ erschossen seien, nicht zu.

Karlsruhe. Die vorläufige badische Volksregierung gibt bekannt, daß der Großherzog auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichte, daß sich alle Staatsgewalt in den Händen der vorläufigen Regierung befinde und Baden nunmehr eine freie Volksrepublik sei. Die Wahl zur Nationalversammlung, die über die endgültige Staatsform entscheiden soll, werde am 5. Januar 1919 erfolgen.

Hamburg. Der Hamburger NSR, der bereits am 12. November das Aufgehen des Bundesstaates Hamburg in die tatsächlich noch gar nicht bestehende allgemeine deutsche Republik erklärt hat, gibt jetzt folgende Erklärung ab: „Hamburg besteht als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Fragen und Rechten fort, bis im Reich über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird. Die Finanzdeputation in Hamburg bleibt nach Maßgabe der bestehenden Verträge zur Vertretung des Staates nach außen für allein dazu berechtigt, mit rechtsverbindlicher Kraft Verpflichtungen einzugehen und Recht zu ausüben.“

Bremen. Der NSR veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Der NSR hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerchaft bestehen nicht mehr.“

Altenburg. Der Herzog von Sachsen-Altenburg hat für sich und seine Nachkommen auf den Thron verzichtet.

Alle Reichsämtler befehlt.

Appell des Soldatenrats an die Völker der Entente.

Berlin, 16. November.

Nach dem Beschlusse des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämtler wie folgt besetzt worden:

- Auswärtiges Amt Dr. Goltz,
- Reichskriegsakademie Schiffer,
- Reichswirtschaftsakademie Dr. August Müller,
- Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Dr. Koeth,
- Kriegsernährungsamt Emanuel Baum,
- Reichsarbeitsamt Bauer,
- Kriegsministerium Schick,
- Reichsmarineamt v. Mann,
- Reichsjustizamt Dr. Krause,
- Reichsvollamt Köhler.

Ferner gehören den Reichsämtlern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt Dr. Tautz, Kriegsernährungsamt Robert Schmidt, Reichsarbeitsamt Sieberich. Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt Karl v. S. u. a.

Interessante Pfa. für die Sozialistische Bewegung oder deren Raum. Letzter Pfa. Pfa. Pfa., alles mit 1/4 Zensurgebühr. Preis und tabellarischer Satz mit 30 Pfa. Aufsicht. Ziel: Wiederholung und Jahresabschluss entsprechender Anzahl. Zielanforderungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spezialität 00 Pfa. bei. Pfa. / Nachzahlung und Offertingebühren 30 Pfa. / Letztendlich Interim-Ausgabe bleibt jedes Jahr am 1. April auf. / Eigenemahne bis 11 Uhr vermittels. / Zeitungsgebühr das Lesen 6 Pfa. in der Postanstalt Zustellung. / Für das Schreiben der Beiträge an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr geleistet. / Schriftliche Beiträge 25 Pfa. Aufsicht eines Aktes. / Die Aufsicht und Aufsicht haben nur bei Zahlung binnen 30 Tagen möglich; längerer Zeit, gerichtliche Einleitung, gemeinsame Angaben verbleiben. / Interim bedingen die Berechnung des Zinses-Zinsenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungswort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Zeitung, falls nicht der Empfänger innerhalb 8 Tagen, vom Ankunftsdatum an, Widerspruch erhebt.

Reichskriegsakademie Eduard Bernstein, Reichswirtschaftsakademie Dr. Erdmann (Röhl), Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Schickner und Schumann, Reichsarbeitsamt Köhler, Kriegsministerium Köhler und Däumig, Reichsmarineamt Rostke und Voght, Reichsjustizamt Dr. Oskar Ebn. Staatssekretär Erberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Befetzung des Reichsamt des Innern schweben noch Verhandlungen. Die bisherigen Staatssekretariate behalten vielmehr nach dem Willen der Reichsleitung ausdrücklich und uneingeschränkt ihre Arbeitsgebiete und erledigen die ihnen gegebenen Aufgaben nach der generellen Anweisung der Reichsregierung.

Ein Aufruf an die Völker der Entente

wird vom Vorkampfbund des Groß-Berliner Soldatenrats erlassen. Es heißt darin:

Die anderen Völker haben von dem freibestimmten Deutschland nichts mehr zu befürchten. Wie die Gewalttätigkeit im Innern, so soll auch die Gewalttätigkeit nach außen in Deutschland für immer dahin sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes von Hunger, Entbehrungen und anderen Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierungen der Entente unerbittlich harte Waffenstillstands- und Friedensbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeits- und Solidaritätsgefühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand. Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens u. a. habt oft versprochen, daß ein solcher Friede euer Ziel sei. Laßt jetzt euer Versprechen zur Tat werden. Treut dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Treut dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen glücklichen Welt ermöglicht.

Eberts Mahnungen an die Soldatenräte

In einer im Reichstag zusammenberufenen Delegiertenversammlung sämtlicher in Berlin anwesenden Soldatenräte wurde nochmals der Versuch, eine „rote Garde“ aus Zivilisten zu bilden, auf das schärfste zurückgewiesen. Der an der Spitze des regierenden Kabinetts stehende Volksbeauftragte Ebert führte in der Versammlung aus:

Ich habe keine Sorge für die neue Regierung, denn sie darf in der Tat für sich in Anspruch nehmen, daß sie getragen ist von dem Vertrauen der besten Massen. Da haben wir nichts zu befürchten. Wir haben Nachrichten, daß die Truppen vorn an der Front geordnet in den Waffenstillstand gegangen sind. Anders ist es in der Stille! Da hat sich vielfach eine rote, schnell nach Hause zu kommen, geltend gemacht. Die Truppen sind zu kurz! Eine Anzahl Leute fürchten, nicht rechtzeitig aus dem zu räumenden Gebiet und der neutralen Zone herauszukommen. So ist gemeldet worden, daß bereits in Baden und Württemberg die zurückflutende Truppe eine große Gefahr für die innere Sicherheit des Landes bildet. Es sind Verhandlungen eingeleitet, doch uns schnellstens Lebensmittel aus Amerika zugeführt werden. Dazu brauchen wir Ruhe, Ordnung und Transportmittel. Alle Soldatenräte müssen sich in den Dienst der Organisation stellen, damit die Demobilisierung sich schnell und glatt abwickelt und die Wirtschaftserholung nicht zu Schaden kommt.

Gegen unangelegtes Zurückfluten der Truppen.

Der Rat der Volksbeauftragten spricht dem Räte NSR. Dank aus für seine Anordnungen, wodurch eine ungeheure Katastrophe und das Chaos vermieden worden sind, die durch die planlos zurückflutenden Truppenteile und die aus Furcht vor Internierung fliehenden, im militärischen Alter stehenden Zivilpersonen zu entstehen drohten. Zum Auffangen dieser Leute ist im Stappengebiet ein Korps gebildet worden, der die zurückflutenden Soldaten aufnimmt, sie ihren Truppenteilen zuführt und für die Einmahlung der Waffen sorgt. Ein zweiter Korps wird an allen Abzweigungen gebildet werden. Das Verhalten des NSR. in Köln ist für sämtliche NSR. vorbildlich. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Körperchaften, daß sie den von ihren Truppen teilen getrennten Soldaten möglichst rasch zur Rückkehr in die Truppe oder in die Ersatzformation und damit zur Regelung ihrer Versorgungs- und Ernährungsverhältnisse verhelfen.

Bearbeiten für die Nationalversammlung.

Das neue Berliner Organ für die unabhängigen Sozialdemokraten, die Freiheit, teilt mit, daß mit den Vorbereitungen für den Entwurf der Wahlkreis-einteilung zur konstituierenden Nationalversammlung bereits im Reichsamt des Innern begonnen ist. Man nimmt an, daß in Preußen die bisherigen Regierungsbezirke die Wahlkreise für die nach dem Verhältniswahlrecht vorzunehmenden Wahlen bilden werden.